

Der „Deutsche Wirtschaftsrat für Mitteleuropa“.

N. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Einer Anregung des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa folgend fanden sich heute zahlreiche führende Persönlichkeiten unseres Wirtschaftslebens zusammen, um einen „Deutschen Wirtschaftsrat für Mitteleuropa“ zu gründen. Eröffnet wurde die Besprechung durch den Direktor Schacht, der als Grundgedanken die Notwendigkeit hervorhob, unser politisches Bündnis mit Oesterreich-Ungarn auch wirtschaftlich zu vertiefen. Im Namen des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa sprach Unterstaatssekretär Dr. Schiffer vom Reichsschatzamt, der davon ab sah, ein Programm für den neu zu bildenden Wirtschaftsrat zu entwickeln und nur in einigen allgemeinen Worten darauf hinwies, daß eine enge Verbindung der Mächte unter Wahrung der gegenseitigen Selbständigkeit aus dem Kriege unbedingt folgen müsse. Der Wirtschaftsrat solle auf wirtschaftlichem Gebiete das Fazit aus dem Weltkriege ziehen. Alle Parteien müßten dabei mithelfen. Die richtigen Wege würden die führenden Männer unseres Wirtschaftslebens schon weisen. Der Geschäftsführer des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa Dr. Schönte stellte als Ziel der zu verfolgenden Bestrebungen die Kolonisation mit Oesterreich-Ungarn hin. Es müsse ein mitteleuropäischer Wirtschaftsbund geschaffen werden, der zwar nicht das Bedürfnis des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege befriedigen könne, der aber einen wichtigen weltwirtschaftlichen Faktor darstellen werde.

In dem Programm, das von dem Arbeitsausschuß aufgestellt worden ist, heißt es u. a.: „Der Wirtschaftsrat für Mitteleuropa“ hat nicht nur die handelspolitischen Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn, Polen der Ukraine und den anderen östlich angrenzenden Staaten und Völkern im ganzen zu bearbeiten, sondern besonders auch wirtschaftliche Einzelfragen von großer Bedeutung für die deutsche Industrie zu untersuchen. Einige Beispiele mögen diesen Aufgabenkreis andeuten. Die Einrichtung der aus West- und Südrussland neugebildeten Staaten, der Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Gebiete werden eine Fülle von öffentlichen Aufträgen auslösen, an denen die Industrie Deutschlands beteiligt werden soll. Diese Bewilligung sollte vertragsmäßig gesichert werden, damit nicht auf Grund des billigeren Rohstoffbezuges oder der billigeren Frachtraumverfügung Amerika und die anderen Ententestaaten ihre Konkurrenz wirksam machen. Derartige öffentliche Aufträge können wir kurz andeuten: In Kongresspolen besitzen derzeit nur 8 von 120 Städten Wasserleitung, Kanalisationsanlagen, Gas- oder elektrische Beleuchtung, in allen übrigen sind diese Anlagen als Reformen erst zu leisten. Das Interesse unserer Industrie, Aufträge für diese Reformen zu erhalten, ist evident. Das Beispiel ist für Polen eines unter hundert. Noch „jungfräulicher“ sind die Verhältnisse in der Ukraine, im Baltikum und in Litauen. Gerade in Litauen und den baltischen Provinzen ist zunächst noch viel für den Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Gebiete zu tun. Es fehlt aber bisher vollständig an leistungsfähigen heimischen Baufirmen, großen Sägewerken und Ziegeleien, sodaß auch diese Aufgabe nur mit Hilfe deutscher Kräfte bewerkstelligt werden kann, wenn nicht das feindliche Ausland sich zu unserem Schaden einmischen will. Besonders wichtig werden diese Gebiete durch ihre Rohstoffquellen. Für die Arbeit des Wirtschaftsrates ergibt sich ein Betätigungsfeld in der Untersuchung der Möglichkeiten, durch die Rohstoffe unserer Industrie gesichert werden können. Um ein besonders wichtiges Beispiel zu nennen, so wäre anzustreben, im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung die südrussischen Erzvorkommen in nähere wirtschaftspolitische Beziehung zur deutschen Industrie zu bringen. In der Entwicklung des „Deutschen Wirtschaftsrates für Mitteleuropa“ ist es gelegen, daß er sich in allen Möglichkeiten der in Mitteleuropa vorkommenden öffentlichen Aufträge zu einer Vermittlungs- und Verteilungsstelle für die Industrie auswächst. Zu den nächsten Aufgaben des Wirtschaftsrates gehört ferner die Durcharbeitung einer mitteleuropäischen Eisenbahntarifpolitik, die die Ausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn und Polen erleichtert sowie die Durchfuhr nach dem Balkan und der Ukraine vor einer ungünstigen Tarifpolitik Oesterreich-Ungarns und Polens bewahrt. Hierher gehört auch der Ausbau des Eisenbahnverkehrs und des Wasserstraßennetzes. Diese Organisation für die Entwicklung unserer Ausfuhr nach Osten und Südosten soll in keiner Weise in Widerspruch stehen mit den überseeischen wirtschaftlichen Aufgaben, die Deutschland nach dem Kriege erwachsen. Stand vor dem Kriege das Verhältnis unserer Ausfuhr nach Osten und Südosten gegenüber der nach Süden, Norden, Westen und Hebräer wie 22 zu 68, so dürfte dieses Verhältnis nach dem Kriege durch die großen Aufgaben, die im Osten entstehen, sich zunächst zu dessen

Gunsten ändern und für eine ziemlich lange Zeit auch gleich gegenüber dem Westen zu stehen kommen, besonders bei den Schwierigkeiten, die selbst bei völlig wiederhergestelltem wirtschaftlichem Frieden durch die angewachsene amerikanische Konkurrenz und die Zerstörung unseres kaufmännischen Systems bestehen. Dieses Wachstum des Ostens heißt aber so viel, daß die deutsche wirtschaftliche Kraft an ihm zunächst genesen wird, um die alte Kraft wieder zu gewinnen, mit der sie die Welt unsparten wird. Gleich zu Anfang muß, fußend auf unserer okkupierten Wirtschaftsbasis, der Versuch, die weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder aufzubauen, einsetzen. Das ist eine Forderung zur Hebung unserer Valuta, da uns nur der Westen die Devisen geben können, die wir im Weltverkehr nötig haben. Aber das Mittel zu diesem Ziel ist die friedliche Wiedereroberung der Welt. Für Deutschlands politisches und wirtschaftliches Leben ist notwendig der Ausbau unserer kontinentalen Politik, die von unserer Stellung im Osten und Südosten ausgehend, die Staaten Europas zu gemeinsamer friedlicher Wirtschaftsbasis zusammenschließen muß.“

In der heutigen Gründungsversammlung wurde ein Verwaltungsrat gewählt, der aus führenden Männern unseres Wirtschaftslebens aus ganz Deutschland besteht. Zu ihm gehören u. a. Generaldirektor Ballin, Geheimrat Caro, Geheimrat Beratz Williger, Generaldirektor Köster (Frankfurt a. M.), Alfred Merion (Frankfurt a. M.), Geheimrat Vamberger (Mainz), Dr. Kaufstein (Mannheim), Kommerzienrat Dr. Clemm (Mannheim), Geheimrat Engelhardt (Mannheim), Kommerzienrat Dr. Lang (Mannheim), Generaldirektor Stielmeier (Mannheim), Direktor Mann (Ludwigshafen), Dr. Maschin (Ludwigshafen), Geheimrat Holrat Brudmann (Heilbronn), Dr. Robert Vesch (Stuttgart), Fabrikbesitzer F. Gminder (Heutlingen), Julius Oppenheimer (Straßburg).